



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/259 - 8.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Ein "Programm" des schlechten Gewissens	S. 1
Paris und Madrid	S. 3
Der Kanzler und der liebe Gott	S. 4

Wahlfang bei Vertriebenen

sp. In einer geradezu bombastischen Form hat die Regierung Hilfsmassnahmen für Vertriebene angekündigt und "Sonderaufträge" an vier Bundesminister erteilt. Wie aus einem riesigen Füllhorn ergiessen sich Versprechungen über viele Millionen aus dieser besonderen Gruppe unseres Volkes - die auch, wie alle anderen, in einem halben oder dreiviertel Jahr Wähler zum Bundestag sein werden.

Wir wollen uns die Sache im einzelnen kurz ansehen: Der Wohnungsbauminister wurde aufgefordert, "im Einvernehmen mit dem Finanzminister ein Finanzierungsprogramm für den Umsiedlungsneubau für Vertriebene aufzustellen, das noch in diesem Jahre wirksam werden soll". Dieser Auftrag gehört selbstverständlich und ohnehin zum Aufgabenbereich beider Minister und wenn heute davon als von einem neuen Auftrag die Rede ist, so ist das nichts anderes als das Zugeständnis, dass man bisher seine Pflicht versäumt hat. Und was heisst "noch in diesem Jahre wirksam werden"? Will man glauben machen, dass mit dem Bau von Häusern aus diesem Programm noch in diesem Jahre begonnen werden kann?

Der Ernährungsminister soll Massnahmen für eine verstärkte Ansiedlung von Flüchtlingsbauern ergreifen. Auch das ist eine Angelegenheit, die nach den Bestimmungen des vor einem halben Jahr verabschiedeten Lastenausgleichsgesetzes längst hätte in

Angriff genommen werden müssen. Genau das gleiche gilt von dem Auftrag an den Bundeswirtschaftsminister, "Flüchtlingsbetriebe wirksam in die Gesamtwirtschaft einzuordnen", da ihm die besondere Fürsorge für die Wirtschaft in den Notstandsgebieten (und um sie handelt es sich hier in erster Linie) obliegt. Wenn weiter der Vertriebenenminister angewiesen wird, "auf eine rasche Verabschiedung des Vertriebenen-Gesetzes im Bundestag noch vor der Weihnachtspause zu drängen", so kann man nur feststellen, dass dieses Gesetz längst hätte in Kraft sein können, wenn das Kabinett schneller gearbeitet hätte.

Dann sollen Schuldverschreibungen ausgegeben und Schatzanweisungen auf dem Geldmarkt untergebracht werden - Forderungen, die bereits in der Entschliessung des Bundestages vom Mai d.J. im Rahmen der notwendigen Vorfinanzierung festgelegt waren. Es hat also auch hier sechs Monate gedauert, bis das Kabinett - nicht etwa konkrete Ausführungsmassnahmen dazu verkündete, sondern jenen alten Beschluss noch einmal bestätigt.

Schliesslich ist ein interministerieller Ausschuss für Vertriebenenfragen gebildet worden und in jedem Ministerium soll ein Beauftragter für Vertriebenenfragen tätig sein. Auch wird der erstaunte Zeitgenosse, besonders, wenn er Vertriebener ist, fragen: Ja, gibt es denn das nicht schon lange? Und ist eine ständige enge Zusammenarbeit der Ministerien in Vertriebenenfragen nicht schon längst eine feste Einrichtung, weil sie eine Selbstverständlichkeit ist?

Nichts ist an diesem Programm neu. Viel wird angekündigt. Aber keine Gesetzesvorlage und keine Rechtsverordnung ist verschiedet worden. Selten ist ein so plumper Wahlfangversuch unternommen worden, für die angesprochene Gruppe der Vertriebenen geradezu kränkend im Hinblick darauf, wie man ihre Urteilsfähigkeit einschätzt. Alle diese Massnahmen hätten nach der gesetzlichen Verpflichtung schon längst angelaufen bzw. in voller Funktion sein müssen. Sie sind vor allem auch keine Erfindung der Regierung, sondern oft gegen sie im Parlament durchgesetzt worden. Was hier marktschreierisch als Verdienst der Regierung um die Vertriebenen plakatiert wird, ist nichts anderes als ein, eben diese Regierung vernichtend kritisierender Katalog ihrer bisherigen Versäumnisse in der praktischen Durchführung vom Bundestag längst beschlossener Massnahmen.

Französische Annäherung an Franco ?

G.S. - Paris

Die französische Regierung und die ihr nahestehenden Kreise haben sich in der letzten Zeit mehr als einmal bemüht, die seit der Volksfrontperiode und der Kriegszeit nicht eben herzlichen Beziehungen zu der Regierung General Francos zu verbessern. Ganz abgesehen von den Bemühungen des französischen Vertreters in Madrid, Saint Hardouin, der jede Möglichkeit benutzt, um Franco seine Sympathie zum Ausdruck zu bringen, sind in den vergangenen Wochen einige offizielle Demarchen unternommen worden, die Beachtung verdienen. Daß Marschall Juin mehr als liebenswürdige Worte für Franco fand, konnte angesichts der militärischen Konzeption dieser Persönlichkeit ("die atlantische Verteidigung an den Pyrenäen") und seiner Sympathie für das in Spanien herrschende autoritäre Regime nicht überraschen.

Auch die Äußerungen Außenminister Schumans über die "europäische Rolle" Spaniens fanden in Madrid Beachtung, doch hat man in Paris nicht den Eindruck, daß Franco sich mit schönen Worten abfinden wird: Ganz offensichtlich will der spanische Diktator einen konkreten Beweis des guten französischen Willens.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die gesamte französische Rechte, die ja in Pinay ihren Vertreter gefunden hat, eine endgültige Normalisierung der französischen Beziehungen zu Spanien wünscht. Es bestehe kein Grund, so wird von dieser Seite erklärt, gerade zu Franco schlechte Beziehungen zu unterhalten, da mehr oder minder "korrekte" Beziehungen zu "anderen Diktaturen" bestünden. Es ist auch nicht nur der Linken bekannt, daß Franco außer dem Eintritt in die UNESCO die Forderung erhebt, daß "Maßnahmen" gegen die sehr starke spanische Emigration in Frankreich ergriffen würden, die ihr Hauptquartier in Südfrankreich, und insbesondere in Toulouse aufgeschlagen hat. Franco verlangt, daß die nach Zehntausenden zählende spanische Emigration, die über eine eigene Presse und zahlreiche Ortsgruppen in Südfrankreich verfügt, ins "Innere des Landes" verpflanzt werde, zumindest, was den "Generalstab" der Emigration angeht.

Diese Forderung Francos, die für ihn aus Gründen der "Staats-

sicherheit" sehr wesentlich ist (von Südfrankreich aus wird die illegale Arbeit der spanischen Republikaner geleitet), wird für die französische Regierung nicht sehr leicht zu erfüllen sein. Zunächst deshalb, weil die französischen Sozialisten in dieser Beziehung eine sehr kompromißlose Haltung einnehmen und gegen eine derartige Maßnahme eine große Protestwelle im Lande auslösen würden. Dann aber auch, weil zahlreiche Angehörige der katholischen volksrepublikanischen Bewegung, die in der Regierungskoalition vertreten ist, eine solche Maßnahme nicht wünschen: Man vergesse nicht, daß die katholische Emigration, insbesondere die baskische, in Frankreich über ausgezeichnete Beziehungen zu französischen Katholiken verfügt, die dem Francoregime nicht gerade günstig gesinnt sind. Hinzu kommt, daß die französischen Protestanten empört über die Behandlung sind, die ihren Glaubensbrüdern letztthin in Spanien zuteil wurde.

Schließlich haben die Verurteilungen von Republikanern, die in Madrid und Barcelona erfolgten, in Frankreich außerordentlich böses Blut gemacht. In zahlreichen öffentlichen Kundgebungen erhoben zahlreiche französische Politiker Protest und sprachen sich ausdrücklich gegen eine Aufnahme Spaniens in die UNESCO aus. Welches auch die Absichten der französischen Regierung bezüglich einer "Normalisierung" der Beziehungen zu Franco sein sollten, so wird sie mit diesem Widerstand rechnen müssen.

+ + +

Die Demokratie Konrad Adenauers

RAF. Der Regierungschef in der Bundesrepublik zitierte laut "Bulletin" vom 5. November 1952 in einer Wahlrede in Köln am 2. November die Rede des Oppositionsführers Erich Ollenhauer, die dieser auf dem Parteitag der SPD in Dortmund gehalten hatte. "Wenn wir an die Macht kommen", so hatte Ollenhauer mit deutlich hörbaren Gänsefüßchen vor und hinter dem Worte "Macht" gesagt, und der zitierende Bundeskanzler schob vor der Fortsetzung des Satzes ein: "was übrigens Gott verhüten wolle".

In einer parlamentarischen Demokratie gehört die Opposition zum System, das ohne eine solche nicht funktionieren kann. Wenn Gott angerufen wird, den Wechsel der Regierungsmacht zu verhüten, dann ist

dieser Anruf nicht nur eine Blasphemie, sondern auch eine Verneinung des demokratischen Parlamentarismus.

Leider scheint das vom Koalitionsführer an die Opposition gestellte Verlangen, sie möge doch endlich die Mittel und Wege ihrer eventuellen künftigen Regierungspolitik genau sagen, nicht einer echten Nativität zu entspringen. Herr Adenauer konnte weder vor seinem Amtsantritt als Bundeskanzler noch während seiner Tätigkeit als solcher genau sagen, was er in einer noch nicht bekannten politischen Situation jeweils tun werde. Er konnte nämlich nicht wissen, wer seine internationalen Mit- oder Gegenspieler sein und wie sie sich verhalten werden. Er konnte das nicht wissen schon deshalb, weil es auch in anderen Ländern demokratischen Parlamentarismus und darum auch Regierungswechsel gibt.

Die sozialdemokratische Opposition wirft dem Bundeskanzler vor, daß er nicht alle Möglichkeiten einer geschickten Wahrung der allgemeindeutschen Interessen ausgeschöpft habe, und sie lehnt deshalb seine Politik und deren bisherige Ergebnisse - die sie darum logischerweise nicht als Erfolge sieht - ab. Daraus folgert der Bundeskanzler: "Daher ist das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei gegen das Interesse des deutschen Volkes". Und eben mit diesem Satze und der ihm zugrundeliegenden Gesinnung unterscheidet sich der Bundeskanzler von den demokratischen Politikern und Staatsmännern jener Länder, in denen die parlamentarische Demokratie zur echten politischen Institution geworden ist. Und in der Tatsache, daß der Sprecher eines solchen Satzes Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden konnte und es möglicherweise noch einmal werden kann, darf die gefährlichste Schwäche der deutschen Demokratie erblickt werden.

Vor nicht langer Zeit gab es einen Mann, dessen Wort und Wille in Deutschland als einzige Wahrheit und Weisheit zu gelten hatten. Dieser Mann behauptete auch, allein er wisse um das wahre Interesse des deutschen Volkes und er wisse es von Gott. Weil er keine Opposition duldete und nicht dulden konnte, führte seine angeblich von Gott bezogene politische "Weisheit" in eine der größten Katastrophen, die Deutschland und mit ihm die Welt je erleben mußten.

Daß doch so schnell vergessen wird ...

+ + +

Das Hintergründige des Herrn Seeborn

Wir lesen in der "Süddeutschen Zeitung" vom 7.11.:

"Der Landtagsabgeordnete Georg Bantele (Bayernpartei), richtete folgendes Schreiben an Bundeskanzler Adenauer: 'Der Minister für Verkehr, Herr Diplomingenieur Seeborn, hat mir als Antwort auf einen Artikel, den ich im 'Bayerndienst' gegen seine bramarbasierende Rede in Kirchenlaibach geschrieben habe, durch den Abgeordneten des bayerischen Landtags Dr. Schweiger folgendes bestellen lassen: 'Sagen Sie dem Abgeordneten Bantele, daß mir mein Stiefelabsatz zu schade ist, um ihn in den Arsch zu treten'. Ich schreibe das Euer Exzellenz, damit Sie und das Kabinett sich ein Bild von dem sittlichen Niveau dieses Herrn machen können. Herrn Seeborn aber bitte ich mitzuteilen, daß nicht einmal dieser mein Körperteil ihm zu irgendwelcher Betätigung zur Verfügung stünde. Klage werde ich nicht stellen, weil ich es ablehne, mit einem Minister von derartig niedriger Gesinnungsart herumzustreiten'.

Verantwortlich: Peter Raunau